



REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Stubenring 1, A-1012 Wien

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
W i e n I

Dr. Klausner

Rechnung	31	ENTWURF
Zi		GE 2 86
Datum:	13. JUNI 1986	
Verteilt	13.6.86 <i>Kollaut</i>	

Sachbearbeiter/Klappe
Dr. Bumerl / 5047

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl,
Ihre Nachrichten vom

Unsere Geschäftszahl

(0 22 2) 75 00 DW

Datum

16.831/01-I/6/86

1986 06 11

Betreff

Entwurf eines Eisenbahn-
beförderungsgesetzes (EBG)
(Neufassung der Eisenbahn-
Verkehrsordnung)

Unter Bezugnahme auf das Rundschreiben des BKA-Verfassungsdienst vom 13. Mai 1976, Zl. 600.614/3-VI/2/76, beehrt sich das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, in der Anlage 25 Ausfertigungen der Stellungnahme zum Entwurf eines Eisenbahnbeförderungsgesetzes zu übermitteln.

Beilagen

Für den Bundesminister:

i.V. Dr. B u m e r l

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Bitte führen Sie unsere Geschäftszahl in Ihrer Antwort an!



REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Stubenring 1, A-1012 Wien

An das

Bundesministerium für
öffentl. Wirtschaft u. Verkehr

Radetzkystraße 2

1031 W i e n

Sachbearbeiter/Klappe

Dr. Bumerl / 5047

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl,
Ihre Nachrichten vom

Unsere Geschäftszahl

(0 22 2) 75 00 DW

Datum

EB 2663-6-II/2-1986 16.831/01-I/6/86

1986 06 11

Betreff-

Entwurf eines Eisenbahn-
beförderungsgesetzes (EBG)
(Neufassung der Eisenbahn-
Verkehrsordnung)

Unter Bezugnahme auf die do. Aussendung vom 1. April 1986,
Zl. EB 2663-6-II/2-1986, nimmt das Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft im Gegenstand wie folgt Stellung:

Zu § 3:

Der geplante Entfall der Beförderungspflicht für Stückgut
erscheint insbesondere im Zusammenhang mit der in Aussicht
genommenen Bestimmung des § 53 Abs. 2 problematisch; dort
wird nämlich u.a. für die Beförderung von Stückgut die Eisenbahn
ermächtigt, "von diesem Bundesgesetz abweichende Bestimmungen"
im Tarif festzusetzen.

Abgesehen davon, daß diese Regelung aus dem Blickwinkel des
Legalitätsprinzips nicht unproblematisch erscheint, ist
materiell zu befürchten, daß hier eine Möglichkeit geschaffen
wird, sich durch hohe Tarife einer Inanspruchnahme zur Stück-
gutbeförderung defacto zu entziehen.

Bitte führen Sie unsere Geschäftszahl in Ihrer Antwort an!

Das Argument der Erläuterungen, es werde durch die Änderung die Möglichkeit eingeräumt, für solche Sendungen rationellere Betriebsmethoden anzuwenden, ist insoferne nicht stichhaltig, als schon bisher solche Möglichkeiten bestanden haben (vergleiche § 4 Abs.4 EVO, geltender Text und § 4 Abs.5 des Entwurfes). Vermißt wird im Abs.4 eine Determinierung, was "zwingende Gründe des öffentlichen Interesses" im Sinne dieses Bundesgesetzes sind.

Zu § 12:

Es wäre zweckmäßig, das Rauchen nicht nur ex lege zu untersagen, sondern auch einen diesbezüglichen Hinweis in den Warteräumen vorzusehen.

Zu § 14:

Das Wort "bedingungsweise" sollte zwecks sprachlicher Verbesserung jeweils durch "bedingt" ersetzt werden.

Zu § 19 Abs.6:

Es wird vorgeschlagen, die Aussage der Erläuterungen, daß der Reisende in den angeführten Fällen zwar keinen Anspruch auf Entschädigung, jedoch auf Erstattung des Differenzbetrages hat, in den Text aufzunehmen.

Zu § 23 Abs.2:

Die Regelung ab dem zweiten Satz des Abs.2 gehört systematisch nach ho.Auffassung besser in den § 19. Der Fall, daß die erste Wagenklasse benützt werden muß, weil die zweite komplett besetzt ist, ist nicht geregelt.

Zu § 26 Abs.2 lit.a:

Hier wäre jeweils das Wort "können" durch "dürfen" zu ersetzen.

Zu § 29 Abs.2:

Es sollte vorgesehen werden, daß eine Bearbeitungsgebühr dann nicht zulässig ist, wenn die Erstattung aus Gründen erfolgt, die nicht vom Inhaber des Fahrausweises zu vertreten sind.

- 3 -

Zu § 40:

Der Text läßt nicht erkennen, wann bzw. unter welchen Voraussetzungen die Sicherheit rückzuerstatten ist.

Zu § 51 Abs.1:

Es sollte normiert werden, daß sich Gepäcksträger auf Verlangen auszuweisen haben.

Zu § 83 Abs.4 lit.d Z 4:

Das Wort "berühren" wäre als sinnstörend und überflüssig zu streichen.

Zu § 110 Abs.2 lit.b Z 1:

Es wird vorgeschlagen, die in Aussicht genommene Formulierung wie folgt zu verbessern: " Entdeckung des Schadens, spätestens aber 7 Tage nach,".

Dem do.Wunsche gemäß wurden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Bundesminister:

i.V. Dr. B u m e r l

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

